

# SEN etz

Senioren-Union  
CSU

November 2024 – 2. Ausgabe

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,

das letzte SENetz haben wir Ihnen am 8. November dieses Jahres zugesandt. Was ist nicht alles in dieser kurzen Zeit passiert? Olaf Scholz will nun doch gehen, aber nur vorübergehend. Er, Robert Habeck und Christian Lindner halten sich für so überragend, dass sie jeweils wieder als die Spitzenkandidaten ihrer Partei bei der bevorstehenden Bundestagswahl antreten wollen. Sind wir im falschen Film? Unser Parteivorsitzender und Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat es mit Fußball auf den Punkt gebracht: Das ist genau so, als würde sich der Trainer einer in die 2. Bundesliga abgestiegenen Mannschaft bei Real Madrid bewerben. Unfassbar!



Wenn wir auf unsere Heimat Bayern schauen, so ist zu spüren, dass wir aufgrund der allgemeinen Entwicklung auch bei uns den Gürtel etwas enger schnallen müssen. Viele von uns sind beispielsweise von der Entscheidung betroffen, das Bayerische Landespflegegeld neu zu strukturieren. Das hat in unseren Reihen zu Diskussionen und Nachfragen geführt. Der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag Klaus Holetschek MdL hat sich daraufhin spontan für den Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden Zeit genommen, um über dieses Thema zu sprechen. Die Botschaft lautet: Das Landespflegegeld bleibt im Grundsatz erhalten. Es fällt ab 2026 um die Hälfte niedriger aus. Der nicht ausbezahlte Betrag wird zur Stärkung der Pflegestrukturen verwendet. Konkret werden die Gelder insbesondere zum Ausbau der Investitionskostenförderung für neue Wohnformen sowie für die Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege verwendet. Die SEN wird darauf achten, dass diese wichtigen Leistungen auch wirklich allen Betroffenen zugutekommen.

Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, in den kommenden Wochen alles dafür zu tun, damit in Deutschland ein Politikwechsel gelingt. Wir brauchen eine neue Bundesregierung, die dafür sorgt, dass mit unseren Finanzen wieder solide umgegangen wird. Die Wirtschaft muss dringend gestärkt werden, damit es nicht zu noch mehr Insolvenzen kommt und die Arbeitslosigkeit steigt. Diese und viele weitere Aufgaben dulden keinen Aufschub! Einen gesegneten Advent wünscht Ihnen herzlichst

Ihr   
Franz Meyer  
SEN-Landesvorsitzender

Presseinformation

19. November 2024

## **Senioren-Union: Neue positive Perspektiven für die Seniorenpolitik durch Regierungswechsel**

Die Senioren-Union der CSU begrüßt das Ende der Ampel-Koalition und sieht im kommenden Regierungswechsel in Berlin große Chancen. „Über drei Jahre haben wir erlebt, wie die Ampel-Bundesregierung in ihren Vorhaben die ältere Generation nicht berücksichtigt hat, sondern deren Lebensumstände sich verschlechtert haben. Daher sehen wir in einem Regierungswechsel positive Perspektiven für die ältere Generation“, erklärt Franz Meyer, Landesvorsitzender des Senioren-Union der CSU. „Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig in der Bundespolitik jede Form der Altersdiskriminierung unterbleibt und beispielsweise Einschränkungen beim Zugang zu öffentlichen Leistungen korrigiert werden.“

Die Senioren-Union der CSU hat in den vergangenen Monaten mehrfach Vorhaben der Bundesregierung kritisiert, in denen die älteren Menschen benachteiligt oder schlicht und einfach vergessen wurden – beginnend mit dem Heizungsgesetz über den Inflationsausgleich bis zur Gesundheitsversorgung. Besonders kritisch sah die Arbeitsgemeinschaft der CSU für die ältere Generation die Zielsetzung von Bundesverkehrsminister Wissing, öffentliche Leistungen nur noch digital zugänglich zu machen. Franz Meyer unterstreicht: „Die älteren Menschen erwarten keine Sonderbehandlung, sie wollen aber nicht wegen ihres Alters diskriminiert werden. Das gilt für alle Lebensbereiche. Wir kämpfen darum, in der Bundespolitik jede Form der Altersdiskriminierung zu vermeiden.“

Gerade im Bereich der Gesundheitsversorgung und der Pflege setzt sich die Senioren-Union dafür ein, der Situation der älteren Menschen stärker Rechnung zu tragen. „Der Staat muss dauerhaft für eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung, gleichwertig in Stadt und Land, sorgen“, betont Dr. Christian Alex, gesundheitspolitischer Sprecher des Landesvorstands der Senioren-Union der CSU. „Wir werden ein ganzes Bündel an Vorschlägen für die neue Bundesregierung vorbereiten, die dieser Zielsetzung dient, vom Abbau der bürokratischen Belastungen bis hin zum Einsatz der Künstlichen Intelligenz und Digitalisierung im Gesundheitswesen. Überfällig sind die Pflegereform und der Neustart der Krankenhaus-Reform.“

Ein weiteres großes Aufgabenfeld sieht die Senioren-Union der CSU in der Sicherstellung einer generationengerechten Rente. Dazu zählen die Einführung einer Aktivrente, die Fortsetzung der Mütterrente und das Festhalten an der bestehenden Hinterbliebenenversorgung mit der Witwenrente.

Die Senioren-Union der CSU wird in den kommenden Wochen den Bundestagswahlkampf ihrer Mutterpartei auf allen Ebenen, an Infoständen und in Veranstaltungen, unterstützen. Sie will durch einen hohen Stimmenanteil für die CSU die Grundlage schaffen, die seniorenpolitischen Maßnahmen in die Arbeit der zukünftigen Bundesregierung einbringen zu können.

Ende



Presseinformation

25. November 2024

## **Senioren-Union der CSU erwartet Nachbesserungen beim Krankenhausreformgesetz**

### **Krankenhausversorgung im ländlichen Raum gefährdet**

Mit Enttäuschung reagiert die Senioren-Union der CSU (SEN) auf die Verabschiedung des Krankenhausreformgesetzes und das Scheitern des Versuchs, das Gesetzesvorhaben in den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat einzubringen. Jetzt setzt die Arbeitsgemeinschaft der CSU darauf, dass eine neue Bundesregierung unter Führung der Union deutliche Nachbesserungen am Krankenhausreformgesetz durchführt. „Durch die starren, vielfach überzogenen Strukturvorgaben für die künftigen Leistungsgruppen werden Krankenhäuser gefährdet und Behandlungsangebote reduziert. Das geht zu Lasten des ländlichen Raums und der älteren Menschen. Das darf es in Bayern nicht geben!“ erklärt der Landesvorsitzende der Senioren-Union der CSU, Franz Meyer. „Auf Landesebene müssen die Leistungsgruppen den jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden können. Wichtig wäre auch gewesen, dass der Bund zur Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser ein Soforthilfeprogramm auflegt.“

Schon im Vorfeld der Diskussion der Verabschiedung des Krankenhausreformgesetzes hatte die Senioren-Union darauf hingewiesen, dass durch die vorgesehenen Vorgaben aus dem Gesetz die flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern in Bayern gefährdet werde. „Den Landesregierungen und den Trägern der Krankenhäuser muss die Möglichkeit gegeben werden, die Strukturvorgaben dem Bedarf der einzelnen Regionen und Krankenhäuser anzupassen. Man kann die Krankenhäuser und ihre Behandlungsangebote nicht einfach über einen Kamm scheren“, unterstreicht SEN-Landesvorsitzender Franz Meyer weiter.

„Die Strukturvorgaben aus dem Gesetz dürfen nicht dazu führen, dass in Bayern Behandlungsangebote reduziert werden oder ganz wegfallen. Dieses Risiko gibt es zum Beispiel bei etablierten Fachkliniken im Bereich der Schmerztherapie oder chronischer Krankheiten“, betont Dr. med. Christian Alex, der gesundheitspolitische Sprecher des Landesvorstands der Senioren-Union. „Jetzt können wir nur hoffen, dass es bald eine neue Bundesregierung unter Führung der Union gibt, die beim Krankenhausreformgesetz Korrekturen einleitet und den Ländern die unverzichtbaren Anpassungsmöglichkeiten zugesteht.“

Aus der Sicht der Senioren-Union der CSU wäre es auch hilfreich gewesen, dass der Bund ein Soforthilfeprogramm auflegt, um drohende Insolvenzen zu verhindern und einem kalten Strukturwandel durch Krankenhausschließungen vorzubeugen. „Der Bund lässt die Krankenhäuser bei der Betriebskostenfinanzierung trotz seiner Zuständigkeit immer noch im Stich,“ fasst Dr. Christian Alex zusammen. „Bayern hat ein Förderprogramm zur Unterstützung der Krankenhäuser beim Strukturwandel aufgelegt und im Herbst einen Sieben-Punkte-Plan verabschiedet, um den bayerischen Krankenhausträgern zu helfen. Das kann die Verweigerung einer Unterstützung durch den Bund aber nicht ausgleichen. Wir kämpfen weiter dafür, dass in Bayern die qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung in allen Regionen erhalten bleibt!“

Ende